

16. Wahlperiode

Kleine Anfrage

des Abgeordneten Sven Rissmann (CDU)

vom 04. November 2008 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 06. November 2008) und **Antwort**

Berliner Justiz als Jobmotor?

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Kleine Anfrage wie folgt:

1. Trifft es zu, dass gegenwärtig Stellenausschreibungen im Geschäftsbereich der Präsidentin des Kammergerichts und der Präsidentin des Sozialgerichts vorgenommen werden, die sich an Assessoren richten und die Tätigkeiten eines Grundbuchrechtspflegers bzw. Rechtspflegedienstaufgaben zum Gegenstand haben?

Zu 1.: Ja.

2. Falls ja, warum ist diese Stellenausschreibung erforderlich?

Zu 2.: Der erhebliche Anstieg der Geschäftseingänge beim Sozialgericht Berlin und die aktuelle Arbeitsbelastung im Grundbuchbereich führen zu einem erhöhten Personalbedarf, dem kurzfristig Rechnung getragen werden muss. Aus diesem Grund wurden bereits in diesem Jahr die Ausbildungszahlen für den Rechtspflegerbereich von bisher jährlich 12 auf 38 Anwärter/innen erhöht. Bis zum Abschluss der Ausbildung soll mit befristeten Beschäftigungsangeboten, die sich an Assessorinnen und Assessoren richten, der gestiegenen Arbeitsbelastung entgegengewirkt werden.

3. Sind diese Stellen befristet und falls ja, warum?

Zu 3.: Wie zu 2. ausgeführt, handelt es sich originär um Rechtspflegeraufgaben, die ab 2010 wieder durch ausgebildete Justizinspektorinnen und Justizinspektoren wahrgenommen werden sollen. In der Übergangszeit werden alle personellen Möglichkeiten ausgeschöpft, um dem Geschäftsanstieg - gerade im Sozialgericht Berlin - in den Griff zu bekommen, dazu zählen auch die hier in Rede stehenden befristeten Stellenausschreibungen.

4. Warum ist eine Wahrnehmung dieser Tätigkeiten durch Rechtspfleger nicht möglich?

Zu 4.: Gegenwärtig sind ausgebildete Rechtspflegerinnen und Rechtspfleger auf dem bundesweiten Arbeitsmarkt so gut wie nicht verfügbar.

5. Wird durch eine geeignete Personalplanung sichergestellt, dass zukünftig kein mutmaßliches Personaldefizit entsteht, welches ein hier gegenständliches Vorgehen erfordert?

Zu 5.: Ja, vgl. Antwort zu 2.

6. Hält es der Senat für angemessen, Assessoren auf Grundlage der Vergütungsgruppe V b BAT zu beschäftigen?

Zu 6.: Die Bezahlung richtet sich - entsprechend den Vorgaben des BAT - ausschließlich nach der Bewertung des wahrzunehmenden Aufgabengebietes. Die Vergütungsgruppe V b BAT entspricht derjenigen Besoldungsgruppe, mit der Rechtspflegerinnen und Rechtspfleger im Eingangsamts bezahlt werden. Da die Assessorinnen und Assessoren gemäß § 2 Absatz 3 Rechtspflegergesetz (RpflG) die Tätigkeit eines Rechtspflegers ausüben, ist es angemessen, für die gleiche Tätigkeit auch die gleiche Vergütung auszukehren. Die gleiche Bezahlung dient zudem der Aufrechterhaltung des Betriebsfriedens.

7. Auf welcher Vergütungsgrundlage werden sonst grundsätzlich Assessoren im öffentlichen Dienst des Landes Berlin beschäftigt?

Zu 7.: Die Bezahlung orientiert sich ausschließlich an der auszuübenden Tätigkeit und der damit verbundenen Bewertung des Aufgabengebietes.

8. Dient diese Maßnahme der einmaligen Kompensation von Personalengpässen, oder ist angedacht, dauerhaft Assessoren mit diesen Aufgaben zu betrauen?

Zu 8.: vgl. Antwort zu 3.

9. Entstehen durch den geplanten Einsatz von Assessoren Mehrkosten, und wenn ja, wie hoch sind diese zu beziffern?

Zu 9.: Die Personalkosten für den Einsatz der Assessoren/innen werden im Rahmen der dem Einzelplan 06 – Justiz – zur Verfügung stehenden Personalmittel finanziert.

10. Ist derzeit sichergestellt, dass Grundbuchsachen bzw. die Bearbeitung von Kostenfestsetzungsbeschlüssen im Bereich des Sozialgerichts in einem angemessenen Zeitraum bearbeitet werden?

Zu 10: Nein

11. Wie lange dauert derzeit die durchschnittliche Bearbeitungszeit eines Kostenfestsetzungsbeschlusses im Bereich des Sozialgerichtes?

Zu 11: Die durchschnittliche Bearbeitungszeit eines Kostenfestsetzungsantrages beim Sozialgericht Berlin beträgt derzeit sieben bis neun Monate.

Berlin, den 27. November 2008

Gisela von der Aue
Senatorin für Justiz

(Eingang beim Abgeordnetenhaus am 08. Dezemb. 2008)